

Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 01.03.2023
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:22 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Kruse, Doris

SPD-Fraktion

Kruse, Detlef
Rehling, Gertrud

für Horst Götze
für Swantje Rosema

CDU-Fraktion

Held, Wilke

für Albert Ohling

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion

Meyer, Henning

GfE-Fraktion Grundmandat

Müller, Horst

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Gembler, Hella
Hass-Tjaden, Jörg
Kamer, Stefan

Beratende Mitglieder

Hagedorn, Daniel
Philipps, Gaby
Wilts, Elfriede

Vertreter der kath. Kirchengemeinde
kommunale Gleichstellungsbeauftragte
Vertreterin der Interessen behinderter Kinder
und Jugendlicher
Stadtjugendpfleger

Reibe, Ulf

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker

von der Verwaltung

Christians, Jörg
Frein, Markus
Bonn-Sommer, Renate
Grüssing, Karsten

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gast

Kröger-Vodde, Malte

Vertreter des Jugendparlamentes - ständiger
Gast

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Kruse teilt mit, dass aufgrund der Beschlussfassung der Tagesordnungspunkt 7 „Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit“ vorgezogen werde. Die Tagesordnungspunkte 6 „Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit“ werde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7 behandelt.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der gemeinsamen Sitzung des Sportausschusses (Nr. 4), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 5) und des Schulausschusses (Nr. 8) am 22.11.2022

Beschluss: Das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Sportausschusses (Nr. 4), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 5) und des Schulausschusses (Nr. 8) vom 22.11.2022 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 6 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.11.2022

Beschluss: Das Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22.11.2022 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 18/0706

Frau Kruse bittet Herrn Reibe um seine Ausführungen.

Herr Reibe erläutert anhand einer Präsentation die Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit und informiert zeitgleich über die Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit. Diese Gesamt-Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Vorstellungen.

Beschluss: An Vereine und Verbände werden entsprechend der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit die aus der Anlage zur Vorlage 18/0706 ersichtlichen Zuschüsse für Jugendgruppen, sonstige Zuschüsse, Fahrten und Lager, internationale Begegnungen und sowie Kinder- und Jugenderholung gezahlt.
Das Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter erhält eine Ausnahmegenehmigung für den Betreuungsschlüssel. Es werden zwei zusätzliche Betreuerinnen/Betreuer gefördert.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 18/0707

Beschluss:
Die Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit wird in folgenden Punkten geändert.

Anlage 1:

1. Gemäß Nr. 2.2 der Richtlinien für die Durchführung der Kinder- und Jugenderholung wird die Höhe der anrechnungsfähigen Kosten wie folgt festgelegt:
 - 1.1 Für Unterkunft und Verpflegung wird gemäß 2.2.1 der Richtlinien werden pro Tag und Teilnehmer/in **41,00 €** festgelegt. **(vorher 30,50 €)**
 - 1.5 Die Tagessätze der Teilnehmer/innen im Bürgergeld- bzw. Wohngeldbezug werden wie folgt festgelegt:

Bürgergeld		
6 - 13 Jahre	4,27 €/Tag	(vorher 3,53 €/Tag)
14 - 17 Jahre	5,15 €/Tag	(vorher 3,98 €/Tag)
Wohngeld		
6 - 13 Jahre	5,33 €/Tag	(vorher 4,41 €/Tag)
14 - 17 Jahre	6,44 €/Tag	(vorher 4,98 €/Tag)

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 8 Einrichtung einer Kindertageseinrichtung im Gebäude der ehemaligen Emsschule durch Annahme eines Mietangebotes
Vorlage: 18/0708

Herr Christians erläutert anhand der Vorlage die Einrichtung einer Kindertageseinrichtung im Gebäude der ehemaligen Emsschule durch Annahme eines Mietangebotes. Er bittet **Herrn Wollers** als zuständigen Projektplaner um seine Ausführungen zum Gebäude.

Herr Wollers führt aus, er begleite seit fast drei Jahren das Gebäude der ehemaligen Emsschule. Sie sei 1885 nach den damals neuesten pädagogischen Erkenntnissen als Schulhaus gebaut und bis 2014 als Schule genutzt worden. 2015/2016 diene die ehem. Schule als Flüchtlingsunterkunft. Im Jahr 2018 erschwerten Gebäudeschadstoffe und Denkmalschutz die weitere Verwendung. Nach verschiedenen Ideen und Planungen zur Nutzung hätten letztlich Beteiligte aus der Wirtschaft dieses Objektes erworben, um es zu erhalten und weiterzuentwickeln. Diese Entwicklung des Gebäudes unterliege keinem primären Gewinnziel. Er berichtet von den ersten Nutzungsideen wie z. B. Archiv, KiTa und Büro. Die Pläne seien seinerzeit dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Rat vorgestellt worden und seien final am Denkmalschutz gescheitert.

Für eine sinnvolle Nachnutzung werde jetzt darüber nachgedacht, in der Emsschule eine Kindertagesstätte (4 Gruppen/80 Betreuungsplätze) einzurichten und als Betriebskindergarten an die Stadtverwaltung zu vermieten. Dafür werde ein Zweidrittelteil des Gebäudes benötigt. Wegen des Denkmalschutzes könnten z. B. die Wände und Fenster der Gebäudestruktur nicht verändert werden, um die Flächen optimal auszunutzen. Selbst beschädigte Teile dürften nur in enger Abstimmung saniert werden. Pro Kindergartengruppe würden 54 m² Fläche für einen inklusiven Kindergarten benötigt. Mit dieser Mischnutzung sei man an das Landesjugendamt herangetreten. Das Landesjugendamt habe daraufhin ausgesagt, es könne nicht von der Quadratmeterzahl abweichen. Im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit sei das Konzept gewandelt worden, indem zusätzliche Flächen hinzugenommen wurden. Dadurch sei jetzt mehr Fläche im Kindergarten vorhanden als eigentlich benötigt. Diese seien aber aufgrund der Vorgaben auch nicht zu verringern.

Diese Wendung, eine Wirtschaftlichkeit mit dem Projekt zu erhalten, habe zu einer Mischnutzung im Keller-, Erd- und Obergeschoss und einer privaten gewerblichen Büronutzung im Dachgeschoss geführt. Ein wirtschaftlicher Mietzins über eine sehr lange Laufzeit könne hergestellt werden.

Mit der Sanierung des Kellers sei begonnen worden. Dabei sei festgestellt worden, dass die Kellersohle kontaminiert sei. Dies habe zu Mehrkosten geführt, weil bis auf das Erdreich abgetragen werden musste. Dadurch habe sich die Geschosshöhe im Keller vergrößert, so dass damit die Wirtschaftlichkeit erhalten bleibe und das Gesamtkonzept umgesetzt werden könne.

Er stellt heraus, dass Emden an einem sehr exklusiven Standort in direkter urbaner zentraler Lage eine KiTa/Krippe in einem ursprünglichen Schulgebäude erhalten würde. Mit dem Schulhof würde eine Außenfläche (1.200 m²) bereitgestellt. Sollte der Rat diesem Beschluss zustimmen, sei dies für Emden ein großer Gewinn.

Herr Christians erläutert, sollte der Rat am 16.03.2023 einen Grundsatzbeschluss für die Einrichtung fassen, könnte nach Erteilung der Baugenehmigung die Konzeption der Einrichtung entwickelt werden. Danach könne die Detailplanung beginnen. Ein intensiver Bericht in diesem Ausschuss werde dann folgen.

Weiter erklärt er, im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit sei ein Vergleich herbeigeführt worden. Diese Begründung sei in der Vorlage dargestellt.

Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterungen und bittet Wortmeldungen.

Herr Grendel ergänzt zur Darstellung von Herrn Wollers, dass in die Planung des Gebäudes bereits sehr viel Arbeit und Gelder geflossen seien. Das Objekt solle nunmehr einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden. Dafür seien Entscheidungen notwendig.

Es werde überlegt, zwei Gruppen der KiTa als Betriebskindergarten der Stadtverwaltung zu führen. Dies sichere in der Zukunft Fachkräfte für die Verwaltung. Die ehemalige Grundschule mit den Außenanlagen sei dafür ein idealer Standort.

Er denkt, dass die Höhe des Mietzinses (17,85 EUR/qm) einer Privatperson sehr hoch vorkommen könnte. Vor diesem Hintergrund sei die Vergleichsrechnung vorgenommen worden. Durch den Denkmalschutz gebe es einige steuerliche Vorteile, die berücksichtigt worden seien. Dieser abgestimmte Mietzins ermögliche den Investoren überhaupt eine Realisierung.

Herr Ouedraogo findet die Stellungnahme der Verwaltung überzeugend. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei für ihn ein wichtiger Punkt. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Held macht deutlich, dass viele Eltern im Hinblick auf die Betreuungsprobleme auf Entscheidungen wie diese warten würden und signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Im Namen der CDU-Fraktion habe er einige Fragen und bittet diese bis zur finalen Abstimmung im Rat zu klären:

- Handelt es sich um eine Koch- oder Ausgabeküche?
- Sind für das Außengelände Spielgeräte vorgesehen und wer ist ggf. für die Reparatur dieser Spielgeräte im Hinblick auf den Mietzins zuständig?
- Wer trägt die Mehrkosten, wenn die Programme des Landes nicht für eine volle Finanzierung der Innenausrichtung ausreichen?
- Woher sollen die Erzieher*innen kommen?
- Auf Grundlage des Emders Modells wird die Einrichtung zunächst für 74 Betreuungsplätze (2x15 für die Krippen und 2x22 für die Ü-3-Gruppen) geschaffen. Wird der Träger aufgrund der Raumanalyse freiwillig auf 25 Kinder pro Kindergartengruppe erhöhen?
- Werden für eine Gruppenstärke mit 25 Kindern die baulichen Voraussetzungen geschaffen?

Darüber hinaus bittet er zur geplanten städtischen Trägerschaft um nähere Erläuterungen.

Herr Grendel führt zum Emders Modell aus, dass unabhängig von der tatsächlichen Nutzung immer mit 25 Plätzen Vollaussnutzung geplant werde. Das Emders Modell sei ein politischer und kein rechtlicher Beschluss und ließe sich damit variieren. Die baulichen Gegebenheiten ermöglichen eine Gruppenstärke mit 25 Kindern. Dies sei auch Gegenstand der Stellungnahme des Landesjugendamtes gewesen. Trotz des Emders Modells würden einige Einrichtungen freiwillig mehr Kinder aufnehmen, wie z. B. bei bestimmten Geschwisterkonstellationen.

Herr Christians verweist auf das Betreiberkonzept, welches zunächst erarbeitet werden müsse. Hierbei könnten sich ggf. weitere Bedarfe ergeben, wie z. B. der Bedarf an Integrationsgruppen. Die Räumlichkeiten in der ehem. Emsschule würden sich hier anbieten. Er bestätigt, dass mit einer Regelgruppe von 25 Kindern geplant werde.

Herr Wollers erläutert, dass die Küche vom Betreiberkonzept abhängig sei. Aufgrund des Personal- und Kostenaufwandes sortiere es sich meistens zu dem Verfahren „Cook and Chill“. Eine vollständige Küche werde dort angedacht. Die Außenanlagen und Spielgeräte seien noch nicht final ausgeplant aber anteilig in den Kosten enthalten.

Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Grendel weist auf das grundlegende Problem des Fachkräftemangels und die Ausbaupflichtung hin. Deswegen müssten Strukturen geschaffen sowie die Ausbildung optimiert werden. Dies sei mit dieser neuen Einrichtung möglich. Das Personalproblem werde immer parallel behandelt und gelte auch für die Bestandseinrichtungen.

Herr Kruse bedankt sich bei den Herren Grendel, Christians und Wollers für die geleistete Vorarbeit. Seitens der SPD-Fraktion signalisiert er Zustimmung.

Frau Philipps könne im Hinblick auf die Akquise von qualifizierten Personal die Schaffung einer weiteren KiTa nur begrüßen. Insbesondere die Einrichtung eines Betriebskindergartens sei im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig. Bei Vorstellungsgesprächen innerhalb des Hauses spiele die Unterbringung des Kindes/der Kinder immer eine Rolle. Mitgliedern des Personalausschusses sei die zukünftige Veränderung der Personalstruktur bei der Stadt Emden bekannt.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Annahme des Mietangebotes der Emsmauer-Quartier UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG, Emden zur Nutzung eines Gebäudeteils der ehemaligen Emsschule nebst Außenflächen zu einem Mietzins von 17,85 €/brutto mit einer Laufzeit von 25 Jahren und einer Mietfläche von rd. 1.026 qm zur dortigen Einrichtung einer städtischen Kindertageseinrichtung mit vier Betreuungsgruppen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Ehrenamtliche Kinder- und Jugendarbeit in Emden am Beispiel des Christlichen Vereins Junger Menschen e.V.
Vorlage: 18/0690

Herr Reibe bittet die Verantwortlichen des CVJM Emden e. V. um ihre Ausführungen.

Ann Kathrin Österle (Jugendreferentin), Patrizia Voeltz, Sander Adden berichten anhand einer Präsentation über die aktuellen Entwicklungen der Kinder- und Jugendarbeit in ihrem Verein. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Im Anschluss an die Präsentation erläutert **Herr Friedemann Kretzer** (1. Vorsitzender) die hauptamtliche Situation sowie die schwierige Personalakquise aufgrund des Fachkräftemangels. Positiv hebt er die Einstellung der Jugendreferentin Ann-Kathrin Österle hervor und lobt ihr Engagement.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen. Sie hebt die hervorragende Arbeit des Vereins hervor, insbesondere die „Legotage“, die sie sich vor Ort bereits einmal angesehen habe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

- TOP 10 Darstellung der Aufgaben des FD 651.2 - Sozialer Dienst;
- insbesondere Aufgaben des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD)
- Qualitätsmanagement und Controlling am Beispiel des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung
Vorlage: 18/0696

Herr Frein teilt einleitend mit, in den letzten Jahren seien diesem Ausschuss immer wieder Bereiche des Fachdienstes Sozialer Dienst, zuletzt im März d. J. der Pflegekinderdienst, vorgestellt worden. Heute sollen die Bereiche Allgemeiner sozialer Dienst (ASD) sowie Qualitätsmanagement und Controlling am Beispiel des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung in den Fokus genommen werden. Er kündigt die Darstellung von Praxisbeispielen in einem nicht öffentlichen Ausschuss an.

Anhand einer Präsentation stellt **Herr Frein** die Aufgaben des ASD vor. Im Anschluss stellt **Herr Grüssing** die Ergebnisse des Fachcontrolling mit Blick auf den ASD und Pflegekinderdienst vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die umfangreiche Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Quedraogo bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung und stellt die Herausforderungen heraus, die in diesem Bereich zusammengebracht würden. Er bittet um Auskunft, wie viele Kinder und Jugendliche in Obhut genommen worden seien. **Herr Grüssing**, antwortet, im vergangenen Jahr seien 38 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen worden. In dieser Zahl enthalten seien Kinder und Jugendliche, die sich selber beim Jugendamt gemeldet hätten sowie Fremdmelder und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

- TOP 11 Aufnahme von wohnortfremden Mitarbeiterkindern in Kitas und Krippen;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2023
Vorlage: 18/0694

Herr Held erläutert den Antrag seiner Fraktion. Die Motivation des Antrages komme aus den Emden Einrichtungen heraus. Eine überwältigende Mehrheit dieser Einrichtungen schließe sich der Forderung an. Die CDU-Fraktion sehe darin einen Lösungsansatz um insbesondere dem Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenwirken zu können.

Herr Christians ergänzt die Stellungnahme der Verwaltung dahingehend, dass die Verwaltung sich natürlich mit dem Antrag auseinandergesetzt habe. Aufgrund der fehlenden Kapazitäten könne dem Antrag jedoch nicht entsprochen werden. Die in Emden lebenden Kinder hätten einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem SGB VIII. Mehrfach sei bereits darüber berichtet worden, dass dieser Betreuungsauftrag derzeit nicht allen Emden Kindern zur Verfügung gestellt werden könne. Deswegen sehe die Verwaltung es nicht als geeignetes Mittel an, Kinder aus umliegenden Gemeinden aufzunehmen, die in ihrer Wohnortgemeinde ebenfalls ihren gesetzlich verankerten Rechtsanspruch gegenüber des öffentlichen Jugendhilfeträgers geltend machen könnten. Der erhebliche Fachkräftemangel für den Bereich der pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen beschäftigt die Verwaltung auch als Träger eigener Kitas schon seit einiger Zeit intensiv. Den Fachkräftemangel gebe es jedoch auch in anderen Berufsbereichen. Jetzt die Erzieher*innen punktuell herauszugreifen und dafür eine Möglichkeit zu schaffen,

Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen und im Gegenzug Emden Kindern einen Betreuungsplatz nicht vorzuhalten, werde nicht positiv begleitet. Auch im Sinne der Gleichbehandlung werde der Antrag nicht befürwortet.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Meyer gibt an, er sehe es wie die Verwaltung. Der Fachkräftemangel sei in allen Berufsreichen vorhanden. Nach Ansicht der FDP-Fraktion würden Vereinbarungen zwischen den Gemeinden zur Kostenbeteiligung fehlen. Der Antrag der CDU-Fraktion sei nach Meinung seiner Fraktion „gut gemeint aber schlecht durchdacht“. Sollte sich die Betreuungssituation in Emden bessern, könne die FDP-Fraktion sich dies, in Absprache mit den Nachbargemeinden hinsichtlich der Kosten, vorstellen.

Herr Ouedraogo teilt mit, er könne sich der Meinung seines Vorredners anschließen. Eine Berufsgruppe herauszunehmen und diese zu privilegieren werde nicht befürwortet. Er schlage vor, dieses Thema noch einmal in den Fraktionen zu beraten. Die Darstellung der Verwaltung gehe seiner Ansicht nach tiefer und hätte das Problem verständlich geschildert.

Herr Grendel stellt dar, es handele sich nicht um ein Kostenproblem, sondern um ein Ressourcenproblem. Die Personalakquise für Erzieher*innen sei schwierig. Er spricht das Emden Modell an, welches die Anzahl der Betreuungsplätze von 25 auf 22 reduziere. Derzeit gebe es in Emden immer noch 80 bis 100 Kinder ohne einen Betreuungsplatz. Gleichzeitig gebe es 17 Tsd. Einpendler in Emden. Die Verwaltung habe in ihrer Stellungnahme begründet, warum sie den Antrag nicht positiv begleiten könne. Es gebe andere Berufsgruppen, die in ähnlichen Situationen mit gleicher Dringlichkeit auch gleichgestellt werden müssten. Auch eine Vereinbarung mit umliegenden Kommunen könne nicht helfen, solange die Ressourcen (Betreuungsplätze) nicht vorhanden seien.

Frau Rehling teilt für die SPD-Fraktion mit, dass sie sich an die Vorgabe der Verwaltung halte und den Vorstoß der CDU-Fraktion nicht unterstütze. Sobald Ressourcen zur Verfügung stünden, könne über eine Änderung nachgedacht werden.

Herr Held bezieht sich auf die Aussage von Herrn Grendel und erklärt, dass es in dem Antrag um die unversorgten Kinder gehe. Die Konsequenzen, die der Antrag mit sich bringe, seien unterschiedlich. Die kausale Folgerung, dass Emden Kindern Plätze weggenommen würden, möchte er nicht stehen lassen. Bezweckt werde, Erzieher*innen zu gewinnen, die aktuell nicht in Emden arbeiten würden, weil sie ihr Kind/ihre Kinder hier nicht betreuen lassen könnten. Würden diese Erzieher*innen in Emden arbeiten, könnten zusätzliche Betreuungszeiten gewährleistet werden. Zudem könnten sich die Arbeitsbedingungen für die Erzieher*innen verbessern. Er weist darauf hin, dass die Motivation für diesen Antrag von den Expert*innen in den Einrichtungen komme, die seine Fraktion mit diesem Anliegen konsultiert hätten. Er betont nochmals, es gehe der CDU-Fraktion um die unversorgten Kinder in dieser Stadt.

Herr Grendel könne den Antrag gut nachvollziehen und er wisse um die Situation, wie dieser Antrag entstanden sei. Bei den Argumentationen handele es sich um eine Sondersituation einer Erzieherin in einer Emden Einrichtung. Andererseits bestehe für diese Erzieherin auch ein Anspruch eines Betreuungsplatzes ihres Kindes am Wohnort. Zwischen dem pro für diese eine Situation und dem Gesamtsystem, was die Verwaltung erhalten müsse, sei abzuwägen.

Herr Kruse ergänzt, die SPD-Fraktion finde den Antrag grundsätzlich positiv. Seine Fraktion könne die Argumentation der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt gut nachvollziehen. Er stelle die Frage in den Raum, ob dieser Antrag zurückgezogen und zu einem späteren Zeitpunkt erneut gestellt werden könne.

Protokoll Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Held entgegnet, er halte an einer Abstimmung fest.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass es auf Antrag möglich ist, wohnortfremde Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kitas und Krippen des Stadtgebietes in den Einrichtungen aufzunehmen, sofern a) im Wohnort bzw. wohnortnah keine Betreuungsmöglichkeit in einer Kindertageseinrichtung zur Verfügung steht, bzw. b) der Arbeitsbeginn der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor der zur Verfügung stehenden Betreuungszeit der wohnortnahen Einrichtung oder unmittelbar nach Öffnung dieser liegt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Ja: 1	Nein: 7	Enthaltungen: 1
-------	---------	-----------------

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Eintritt in den Ruhestand - Stadtjugendpfleger

Herr Reibe verabschiedet sich als Stadtjugendpfleger, da er Mitte des Jahres in den Ruhestand gehen werde. Er wünsche dem Ausschuss alles Gute für die Zukunft.

Frau Kruse bedankt sich bei Herrn Reibe für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute sowie viel Gesundheit.

Internationaler Frauentag

Frau Philipps kündigt den Internationalen Frauentag am 08.03. an. Diesbezüglich habe sie zu Beginn dieser Sitzung Handouts verteilt, auf denen die verschiedenen Veranstaltungen aufgeführt seien. Über eine rege Teilnahme würde sie sich freuen.

TOP 13 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.